

Rede für den
Rat
am 10.9.2010

Geschäftsführung: Jürgen Bartz

Tel: 0551-400-2785
Fax: 0551/400-2904
GrueneRatsfraktion@goettingen.de
www.gruene-goettingen.de

10 9 2010

Rede von Bahman Ayegh zu TOP 10 der Ratssitzung

Entschuldigung der Göttinger Polizei

Anrede,

„Gutachten des Spürhundexperten blamiert Ermittler“. So Titelt ein Artikel im GT vom 10. August. In dem Artikel wird berichtet, dass der Ausbildungsleiter der bayerischen Landespolizei für Diensthunde, Johann Fruth, ein Vernichtendes Urteil fällt über den Spürhundeeinsatz der Polizei im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Teeküche im Kreishaus. Fruth wird mit den Worten zitiert, diesem Einsatz ist „keine Bedeutung beizumessen, ebensowenig wie der Interpretation eines möglichen Einsatzergebnisses durch die Hundeführer.“ Johann Fruth ist nicht irgendwer, sondern meines Wissens der namhafteste Sachverständige für Spürhunde in Deutschland. Mit seinem Gutachten ist ein ganzes Gebäude aus Verdächtigungen in sich zusammengebrochen, das viele Beobachter von Anfang an als völlig herbeikonstruiert scharf kritisiert haben.

Das Problem ist: Hier kommen nicht aus heiterem Himmel neue Fakten auf den Tisch sondern es wurden von der Polizei Ermittlungsfehler gemacht, die in der Öffentlichkeit schon frühzeitig scharf kritisiert wurden, lange bevor das Gutachten zu diesem vernichtenden Ergebnis gekommen ist. Und im Rückblick wird auch deutlich, dass die Darstellungen der Polizei einer öffentlichen Debatte Vor-schub geleistet haben, die von CDU und FDP für ihre Zwecke politisch instrumentalisiert wurde. Das alles hat zur Kriminalisierung unschuldiger Personen geführt, die nach heutigem Ermittlungstand unschuldig sind. All das müsste auch der Göttinger Polizei bewusst sein. Und deshalb verstehe ich nicht, wie man sich hinstellen und so tun kann, als hätte es das alles nicht gegeben: Die Ermittlungsfehler, die Hausdurchsuchungen, die falschen Verdächtigungen und die zahllosen Presseartikel vom Tageblatt bis zur Bild-Zeitung in denen die vier Bewohner einer Göttinger WG und mit ihnen eine ganze politische Szene unter falschem Terrorverdacht gestellt wurden.

In der HNA stand gestern zu lesen, dass der Präsident der Göttinger Polizei, Herr Robert Kruse nicht beabsichtigt, sich zum Antrag der Göttinger Linken zu äußern. Inzwischen hat er seine Meinung offenbar geändert, denn meines Wissens ist er nun bereit, am 5. November zu uns in den Rat zu kommen, um uns aus erster Hand über den Stand der Ermittlungen berichten. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Der Polizei muss man zugute halten, dass sie im Kleingedruckten stets darauf hingewiesen hat, dass die wesentlichen Verdachtsmomente sich nur auf Indizien stützen. Dagegen wusste der Vorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Fritz Güntzler in seiner Pressemitteilung vom 28. Januar bereits eine Woche nach dem Vorfall ganz genau, wer für die Tat verantwortlich ist, Zitat: "Damit haben wir neben den zahlreichen Autobränden eine neue Qualität der linksextremen Gewalt in Göttingen." Auch bei den Autobränden gibt es übrigens bis heute meines Wissens keine Beweise für einen linksextremistischen Hintergrund. Wichtiger ist in diesem Zusammenhang aber, dass sich Güntzlers Vorverurteilungen fast wörtlich auch in der Antwort von Innenminister Schönemann auf eine kleine Anfrage im Landtag wiederfinden. Darin betont auch Schönemann, die Spur der Täter führt eindeutig ins linksextreme Lager

und auch er sieht darin eine neue Qualität linkextremer Gewalt. Die öffentlichen Äußerungen der Pressesprecherin des CDU-Kreisverbandes, Vera Wucherpfennig und des Vorsitzenden der FDP-Stadtratsfraktion, Wolfgang Thielbörger waren ebenfalls gespickt mit Vorverurteilungen. Und die FDP im Kreistag nahm den Vorfall zum Anlass nicht etwa für eine Resolution gegen Gewalt und Extremismus im Allgemeinen, sondern ausdrücklich gegen Linksextremismus, schließlich – so die Begründung – waren hier ja Linksextreme am Werk.

Fazit: FDP und CDU haben aus haltlosen Indizien Fakten gemacht. Sie haben die Darstellungen der Polizei über Monate zum Anlass genommen für Vorverurteilungen und Hetze gegen die politische Linke, die stets im gleichen Atemzug genannt wurde mit Extremismus und Terrorismus. Ich finde das ist politisch ganz, ganz schlechter Stil und hier ist eine Entschuldigung wirklich angebracht. Genau deshalb unterstützen wir die Intention dieses Antrags den wir im Wortlaut deutlich geändert und entschärft haben. Ich möchte unseren Änderungstext kurz vorlesen:

Der Rat möge beschließen:

Die Überschrift der Resolution wird durch folgende Überschrift ersetzt:

„Keine Instrumentalisierung von Ermittlungen“

Der vorliegende Resolutionstext wird durch folgenden Text ersetzt:

Der Rat der Stadt fühlt sich im Zusammenhang mit der Verpuffung in einer Küche des Göttinger Kreishauses von den ermittelnden Behörden falsch informiert. Zentrale Aspekte der offiziellen Darstellungen haben sich als nicht zutreffend erwiesen. Wesentliche von der Polizei und von Landesinnenminister Schünemann getroffene Bewertungen hinsichtlich des angeblich linksextremen Hintergrunds und der terroristischen Tragweite sind angesichts der vorliegenden Gutachten, die der Polizei z.T. grobe Ermittlungsfehler bescheinigen, nicht haltbar. Die Ermittlungsfehler, das demonstrative Vorgehen bei Hausdurchsuchungen und die wiederholte öffentliche Darstellung von Ermittlungsergebnissen, die sich mittlerweile als falsch herausgestellt haben, haben zudem zur Kriminalisierung mehrerer unschuldiger Betroffener geführt.

Da die Polizei mit ihrem Vorgehen in erheblichem Maße der überzogenen und einseitigen Politisierung einer Debatte Vorschub geleistet hat, die in der Öffentlichkeit weite Kreise gezogen hat, bedarf es nun einer öffentlich wahrnehmbaren Korrektur der Darstellung um die der Rat der Stadt Göttingen die Polizei hiermit bittet. Wie schon mit der Resolution „Für gesellschaftliches Engagement – gegen Kriminalisierung und politische Justiz“ vom 7.5.2010 zum Ausdruck gebracht, möchte der Rat der Stadt vermeiden, dass sich die Göttinger Polizei ungewollt dem Verdacht aussetzt, sich politisch einseitig instrumentalisieren zu lassen. Anlässlich der kontroversen gesellschaftlichen Diskussion über die Ermittlungen anlässlich des Vorfalls im Kreishaus bekräftigt der Rat seine Bitte an die Göttinger Polizei, an dem vom Rat angelegten runden Tisch teilzunehmen.

So weit unser Änderungsantrag. Wenn Herr Kruse tatsächlich vorhat, uns am 5. November hier im Rat über die Ermittlungen zu berichten, dann begrüßen wir dieses Entgegenkommen ausdrücklich. Und wenn sich daraus ein konstruktiver Diskussionsprozess im Sinne unserer gemeinsamen Resolution vom entwickelt, um so besser. Nichts anderes wollen wir mit unserem Änderungsantrag erreichen. **Ich bitte daher um Ihre Unterstützung.**